

1.1 Die FDP Saar lehnt jegliche Windkraft im Wald kategorisch ab. Dies wurde auf Parteitage einstimmig beschlossen und ist auch Teil des Wahlprogramms. Die wenigen Nacherholungsgebiete in unserem relativ dicht besiedelten Land müssen erhalten werden.

1.2 Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass man für die Erzeugung von vermeintlich ökologisch hergestellter Energie die Natur zerstört und die Tierwelt massiv schädigt. Im gesamten Bundesgebiet sterben jährlich zahlreiche Vögel, Fledermäuse und Insekten.

1.3 Hier muss dem Tierschutz endlich mehr Raum gegeben werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass bei anderen Infrastrukturmaßnahmen die Tierwelt viel mehr Schutz genießen soll als beim Bau von Windrädern. Während bei der A1 ein (auch noch ungenutztes) „Fledermaus-Hotel“ gebaut wird spielt der Schutz von Fledermäusen und anderen Tieren beim Ausbau der Windenergie in den Genehmigungsverfahren dieser Landesregierung keine Rolle. Wir lehnen diese Gesetzesnovelle ab. Das Verfahren dieser Gesetzesnovelle beweist, dass es der „Windradlobby“ wichtig ist, ihre Interessen möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit durchzusetzen. Das ganze Verfahren ist nicht hinnehmbar und wird hoffentlich noch blockiert bzw. gestoppt.

1.4 Die FDP Saar lehnt Windkraft im Wald ab. Wälder sind oft organisch gewachsene, sehr alte Ökosysteme, die es zu erhalten gilt. Eine plantagenartige Neubewaldung, oft mittels Monokulturen, schadet zudem der gesamten Biodiversität. Daher lehnt die FDP Saar diese Praxis ab.

2.1 Die FDP Saar befürwortet die 10H- Regel und würde nach der Landtagswahl einen entsprechenden Antrag in den Landtag einbringen, um auf Bundesebene das Fenster für Landesregelungen wieder zu öffnen. Die 10h Regel wurde von der FDP initiiert und sollte auch deswegen wieder Geltung finden. Ein möglichst großer Abstand zu den Wohnbebauungen ist sowohl für das Landschaftsbild als auch für die Gesundheit dringend notwendig. Zudem sinkt der Wert der Eigenheime immer weiter, je näher Windräder an den Häusern stehen. Im Saarland sind landeseinheitlich höhere Abstände zur Wohnbebauung in jedem Fall dringend notwendig.

2.2 Die TA Lärm ist nicht nur veraltet, sondern in Bezug auf Windräder auch völlig unbrauchbar. Daher setzen wir uns für eine neue Berechnungsgrundlage ein. Auch hier wird eine Initiative auf Bundesebene notwendig sein, die wir im Landtag gerne beantragen würden.

2.3 Ein Moratorium wie in Dänemark wäre dringend notwendig. Die Kenntnisse über die Folgen von Infraschall sind noch viel zu gering, was viele Landesregierungen auch selbst zugeben. Hier muss weiter geforscht werden, wie es auch der Deutsche Ärztetag bereits forderte. Die Saar FDP hat für das Saarland ein Moratorium beim Ausbau der Windkraft bereits gefordert.

2.4 Wie bereits in Punkt 2.1 erläutert, ist ein möglichst großer Abstand zu den Wohnbebauungen sowohl für das Landschaftsbild als auch für die Gesundheit dringend notwendig. Das führte beispielsweise in Frankreich dazu, dass dort die

Einfügung der Anlagen in das Landschaftsbild Teil des Genehmigungsprozesses ist. Eine solche Regelung muss auch in Deutschland eingeführt werden. Das Saarland ist nicht nur windschwach, sondern auch besonders dicht besiedelt, dem wollen wir Rechnung tragen.

2.5 Leider ist die gängige Repoweringpraxis vollkommen legal. Hier sollte gegengesteuert werden, dass zumindest nicht mehr und nicht höher gebaut werden darf als zuvor da stand. Dies würde im Wettbewerb um immer höhere Anlagen schon viele Standorte unattraktiv machen. Nach Auffassung der FDP muss beim Repowering ein komplett neues Genehmigungsverfahren erfolgen, da es sich auch um neue Anlagen handelt.

2.6 Bei Windkraftanlagen handelt es sich eindeutig um Industrieanlagen. Aus diesem Grund muss für die Anlagen auch der dafür geltende Brandschutz gelten, umso mehr, da die Anlagen in freier Natur mit brennbarem Material stehen und nicht in extra genehmigten Industriegebieten, in denen auch Brandschutzvorgaben gemacht wurden. In den bestehenden Genehmigungsverfahren wird dieser Aspekt bisher von Land und Kommunen zu Unrecht ausgeblendet.

2.7 Die Gefahr durch Eiswurf ist real. Hier muss der Gesetzgeber dringend eingreifen. Verantwortlich und damit haftbar ist nach unserer Auffassung eindeutig der Betreiber der Windkraftanlagen. Auch das Thema Rückbau muss nach Meinung der Freien Demokraten klarer geregelt werden.

2.8 Windkraftanlagen schaden dem Tourismus. Wertvolle Nacherholungsgebiete gehen verloren, durch den Lärm der Anlagen herrscht Lärm und das Landschaftsbild, mit dem auch das Saarland wirbt, wird nachhaltig zerstört. In vielen Regionen, die bereits länger auf einen massiven Zubau von Windkraft setzen, ist der Rückgang der Tourismuszahlen signifikant bemerkbar. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, wie sich der Zubau der Windkraft mit dem Betrieb von Reha- und Kurbetrieben wie beispielsweise in Orscholz, Weiskirchen und Blieskastel verträgt.

3.1 Das EEG wird von der FDP in Land und Bund heftig kritisiert. Hierzu gibt es zahlreiche Beschlüsse und Konzepte, auf die wir verweisen. Wenn die Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien so weitergeht wie bisher, werden die Kosten für die Verbraucher das vertretbare Maß übersteigen. Die FDP setzt sich für eine grundlegende Reform des EEG ein – raus aus der Planwirtschaft, rein in die Marktwirtschaft. Deshalb schlagen wir vor, die Förderung langfristig in ein europa-weites Mengensystem zu überführen. Das bedeutet, die Entwicklung von Erneuerbaren Energien wird nicht mehr – wie bisher – über hohe Garantiepriese gefördert, die dann der Strom-kunde über seine Rechnung zahlt. Sondern die Energieversorgungsunternehmen werden verpflichtet, ihren Kunden einen bestimmten Anteil Erneuerbarer Energien zu verkaufen. Wie sie diesen Anteil erreichen, bleibt den Unternehmen überlassen. Das führt dazu, dass sich diejenigen Anbieter durchsetzen, die besonders günstig sind oder sehr verlässlich regenerative Energie einspeisen.

Wir wollen eine europäische Lösung erreichen, weil so die unterschiedlichen Technologien ihre Stärken am besten ausspielen können. Sollte sich abzeichnen,

dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann, treten wir für die Einführung eines nationalen Mengenmodells ein.

Den Grundbesitzern, die ihr Land für Windkraftanlagen zur Verfügung stellen, kann kein Vorwurf gemacht werden. Leider ist in unserer Gesellschaft mit oft wirkungsarmen Windrädern mehr Geld zu verdienen als mit harter landwirtschaftlicher Arbeit. Das Problem ist das EEG und das Geld, das den Betreibern dadurch zur Verfügung steht. Daher fordert die FDP eine unverzügliche Abschaffung des EEG (inklusive eines rechtsstaatlich notwendigen Bestandsschutzes für bereits bestehende Anlagen), damit sich auch die Erneuerbaren Energien vollständig am Markt bewähren müssen.

3.2 Wie bereits in Punkt 3.1 erläutert, fordert die FDP die Abschaffung des EEG. Dieses Gesetz fördert Auswüchse, die jeglicher Ordnungspolitik widersprechen, zumal es sozial ungerecht ist, da kleinere Einkommen prozentual stärker belastet werden als große Einkommen. Die schwarz-rote Landesregierung hat leider selbst kosmetische EEG-Änderungen des Bundes kritisiert und sich für eine Quote für windschwache Gebiete wie das Saarland eingesetzt.

3.3 Entgegen der Aussagen und Pläne grüner und sozialdemokratischer Energieminister werden wir in absehbarer Zeit nicht ohne konventionelle Kraftwerke auskommen, da der volatile Strom aus Erneuerbaren Energien nicht speicherbar ist. Power-to-Gas ist zwar eine aus unserer Sicht vernünftige Methode, allerdings nur für einen kleinen Bruchteil des erzeugten Stroms. Um Wirtschaft und Lebensqualität zu erhalten, sind konventionellen Kraftwerken, die permanent produzieren können, unabdingbar. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit wollen wir stärker in den Fokus rücken.

3.4 Wie bereits erläutert, ist der Vorrang für Erneuerbare Energien weder sachgerecht noch sinnvoll. Klimapolitisch sind Windräder, ebenso wie Photovoltaikanlagen auch ambivalent, da bei ihrer Produktion eine riesige Menge an Energie verwandt werden muss, zumal viele Ressourcen dabei verbraucht werden, die bislang noch kaum recycelt werden können. Wir halten die direkten und indirekten Kosten dieser planwirtschaftlichen Energiewende für zu hoch für Bürger und Unternehmen und wollen daher das EEG abschaffen.

3.5 Die Energiekosten werden zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Immer mehr Menschen können ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen. Demgegenüber steht ein Gesetz, welches mittels einer Umverteilung hin zu den Betreibern die Energiekosten weiter steigen lässt. Da kleinere Einkommen dieselbe EEG-Umlage bezahlen müssen wie größere Einkommen, wird hier ein Gesetz auf Kosten niedrigerer Einkommenschichten durchgedrückt. Das EEG bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben, die beendet werden sollte.

3.6 Eine Entschädigung für den eingetretenen Wertverlust hält die FDP für rechtlich schwierig umsetzbar, zumindest bei bereits bestehenden Anlagen. Ob ein ähnliches Entschädigungssystem für künftige Anlagenbauten möglich ist, muss geprüft werden. Die Tatsache, dass es Wertverluste gibt, halten wir für nachvollziehbar.

4.1 Die Bürgerrechte müssen deutlich gestärkt werden.

Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen im flächenmäßig kleinen Saarland bei jeder

Anlagen verpflichtend werden. Auch Auskunftsrechte für Betroffene müssen vereinfacht werden. Hier muss die Verwaltung wie in vielen anderen Bereichen auch bürgerfreundlicher werden. Das gilt auch für Möglichkeiten zu Einwendungen gegen Windbauprojekte. Weiterhin will die FDP das Petitionsrecht stärken, damit Eingaben von Bürgern verbindlicher und schneller bearbeitet werden. Die FDP steht sowohl für Bürgerbeteiligung als auch für ein starkes Informationsfreiheitsgesetz.

4.2 Auch in der jetzigen Praxis muss das Land WKA genehmigen und hat hierzu eine Reihe von Instrumenten. Grundsätzlich halten wir es für sinnvoll, wenn vor Ort entschieden wird, wo man im Zweifel besser über die lokalen Gegebenheiten informiert ist. Zudem haben auch die Bürger in der Kommune eine bessere Anlaufstelle als im Ministerium. Gleichzeitig muss aber durch Ministerium und Kommunalaufsicht gewährleistet sein, dass die Kommunen sich wirklich rechtmäßig verhalten. Wir sehen eher die Gefahr, dass eine Rückverlagerung auf das Land die Distanz zu den Bürgern erhöht und es dadurch weniger Einflussmöglichkeiten geben würde. Wir wollen landeseinheitlich höhere Mindestabstände zur Wohnbebauung.

4.3 Interessenskonflikte sind vorhanden und sollten minimiert werden. Hierfür müssen die Gesetze und Regelungen durchsucht und überarbeitet werden. Es kann nicht sein, dass es möglich ist, dass ein Betreiber gleichzeitig Genehmigungsbehörde und/oder Kontrollbehörde sein kann. Die geschilderte Situation mit dem Umwelt- und Justizminister ist brisant. Die besondere Rolle des Justizministers sollte zukünftig bei der Ressortaufteilung auch berücksichtigt werden. Wir wollen vor allem auch die Kommunalaufsicht personell und rechtlich stärken und zu einer unabhängigen Behörde machen.

4.4 Gutachter sollten zukünftig zu Lasten der Antragssteller durch die Genehmigungsbehörde bestellt werden. Hier gibt es in der Tat einen Interessenskonflikt, den es aufzulösen gilt.

4.5 Die Saar-FDP warnt vor einem Abgreifen von Subventionen und vor Wildwuchs mit neuen Anlagen und fordert daher ein Moratorium. 2016 sind im Saarland bereits so viele Windparks beantragt worden wie nie zuvor, es werden auch noch weitere Anträge gestellt werden. Nach Meinung der Freien Demokraten an der Saar liegt der Grund für die Antragflut an dem vom Bund geplanten Ausschreibungsverfahren für Windenergieanlagen. Windräder im windschwachen Saarland machen an den meisten Standorten ökonomisch wenig Sinn. Selbst die schwarz-rote Bundesregierung hat im Gegensatz zur großen Koalition im Land erkannt, dass eine stärkere Steuerung notwendig ist. Daher sollte es im Saarland ein Moratorium geben bis die neuen Regeln greifen und es eine stärker abgestimmte und effizientere Planung des Windkraftausbaus gibt. Bevor wir bessere Netze und Speicher haben, bringt ein ungesteuerter Zubau an neuen Windkraftanlagen nur den Betreibern viel zu hohe Subventionen, es wird noch mehr überschüssiger Strom produziert und der Strompreis steigt weiter.